

BANGLADESCH-CHRONIK**Menschenrechte:**

- (siehe auch: Bestrafung der Kriegsverbrecher, der Putschisten und der Gefängnismörder, Todesstrafe, Innere Sicherheit, Korruption, Medien/Pressefreiheit, Chittagong Hill Tracts, Frauen, Bangladesch und Indien, Rohingya)
1. Dezember 2009 Die Aciid Survivors Foundation feiert ihren zehnten Geburtstag. An einer Konferenz in Dhaka nehmen etwa 600 Säureopfer aus Bangladesch, Pakistan, Indien, Kambodscha, Uganda und Nepal teil.
14. Dezember 2009 Seit der Einrichtung des Rapid Action Battallion (RAB) 2004 sind 1057 Menschen entweder in Untersuchungshaft oder im so genannten „Kreuzfeuern“ getötet worden. Die Menschenrechtsorganisationen Bangladesh Legal Aid and Services Trust (BLAST) sowie Ain O Salish Kendra (ASK) präsentieren diese Zahlen bei einem Hearing zum Thema extra-legale Tötungen vor dem High Court. Rechtsanwalt Saifur Rashid (ASK) sagt in einem Interview mit dem „Daily Star“, dass seine Organisation 20 Fälle von extra-legalen Tötungen untersucht habe, darunter auch die der beiden Brüder Lutfur Rahman Khalasi und Khairul Haque Khalasi in Madaripur. Alle Fälle seien fast gleich verlaufen. Die Betroffenen seien verhaftet und in Untersuchungshaft getötet worden. Der High Court hat bereits am 17. November die Regierung aufgefordert zu erläutern, warum keine Aktionen gegen Maj Wahiduzzaman, Lt Hasan und andere RAB-Angehörige wegen der Ermordung der beiden Brüder ergriffen worden seien.
22. Dezember 2009 Ein Komitee aus Parlamentsabgeordneten aller Parteien unterstützt die private Gesetzesinitiative des AL-Abgeordneten Saber Hossain Chowdhury, Folter und Tod in Polizeigewahrsam schärfer zu bestrafen. Saber Hossain Chowdhury fordert, dass die Verantwortlichen für solche Todesfälle in jedem Fall zur Verantwortung gezogen werden sollen. Im Extremfall sollten sie mit der Todesstrafe belegt werden. Auch leichtere Fälle von Folter in Polizeigewahrsam sollten mindestens zur Suspendierung der Beamten führen.
1. Januar 2010 „Keine zivilisierte Nation kann Crossfires akzeptieren“, sagt Sultana Kamal, Direktorin von Ain o Salish Kendra (ASK), bei der Vorstellung des Menschenrechtsberichts ihrer Organisation. Im vergangenen Jahr seien 229 Menschen in staatlichem Gewahrsam ums Leben gekommen. Von ihnen starben 42 in angeblichen Kreuzfeuern mit dem Rapid Action Battallion (RAB), 58 in Crossfires mit der Polizei. 23 starben, während sie sich in Haft bei der Polizei oder RAB befanden. Zwei weitere starben ebenfalls in staatlichem Gewahrsam. Sultana Kamal kritisiert die Awami League, weil sie – noch in Opposition – stets die extralegalen Hinrichtungen verurteilt habe, aber jetzt nichts tue, um sie zu verhindern. Folter sei weitverbreitet. ASK stellt fest, dass viele der 47 Todesfälle von BDR-Gefangenen, die zum Aufstand der Grenztruppen im Februar 2008 befragt worden waren, auf Folter

zurückzuführen sind. Einigen sei sogar mit Crossfire gedroht worden, falls sie sich zu keiner Aussage bereit fänden.

Die Menschenrechtsorganisation Odhikar kritisiert, dass die Nationale Menschenrechtskommission weiter an ihrer Arbeit gehindert wird. Nach den Rücktritten von Munira Khan und Prof. Niru Kumar Chakma besteht sie nur noch aus dem Vorsitzenden Justice Amirul Kabir Chowdhury.

14. Januar 2010 Der High Court reagiert auf zwei neue extralegale Hinrichtungen (Kreuzfeuer). „Wir haben mit Betroffenheit registriert, das RAB weiterhin extra-legale Tötungen durchführt“, heißt es in einer Erklärung. Die Richter haben elf extra-legale Morde seit dem 17. November gezählt. Menschenrechtler äußern den Verdacht, dass weiterhin Straflosigkeit herrscht. Die Regierung Sorge nicht dafür, dass die verantwortlichen Sicherheitskräfte strafrechtlich verfolgt werden. Es habe bereits ein Meinungsumschwung unter den Ministern stattgefunden. Zuerst hieß es, dass extra-legale Tötungen nicht geduldet werden dürften. Inzwischen scheint es aber, als hätten einige ihre Position geändert. Sie sagen, es gebe keine „Kreuzfeuer“. Vielmehr würden Sicherheitskräfte aus Gründen der Selbstverteidigung Verdächtige erschießen. Auf diese Weise werden die Sicherheitskräfte über das Gesetz gestellt.
22. Januar 2010 Sanjeeb Drong, Präsident des Bangladesh Indigenous Peoples Forum, wird in Mymensingh von zehn bis zwölf Männern angegriffen, als er mit seiner Frau auf dem Motorrad auf dem Rückweg vom Netrakona Distrikt nach Dhaka ist. Er erleidet schwere Handverletzungen sowie Prellungen und Schürfwunden. Seine Frau bleibt unverletzt, das Motorrad wird beschädigt. Im Vorfeld des Angriffs hatte sich Sanjeeb Drong vehement gegen den Verkauf eines Stückes Land an eine NGO ausgesprochen, da dieses Land eigentlich den Indigenen der Ebene zugesprochen worden war, die dort ein Kulturzentrum bauen wollten. Die Regierung wird zu einer unverzüglichen Untersuchung des Vorfalles aufgefordert.
27. Januar 2010 Amnesty International fordert die Umwandlung von fünf Todesurteilen gegen die mutmaßlichen Mörder von Staatsgründer Scheikh Mujibur Rahman in lebenslange Haftstrafen. (siehe Bestrafung der Putschisten)
23. Februar 2010 Amnesty International fordert die Regierung Bangladeschs auf, nicht willkürlich oppositionelle Studenten zu verhaften. Seit den Zusammenstößen in Rajshahi und später an anderen Universitäten seien mehr als 300 Unterstützer der Chhatra Shibir in Rajshahi, Dhaka, Chittagong und anderen Städten verhaftet worden. AI fürchtet, dass sie gefoltert werden könnten, und fordert eine unparteiische Untersuchung der Gewaltausbrüche. Die Verhafteten müssten Zugang zu ihrem Anwalt und zu Familienangehörigen haben.
26. Februar 2010 Amnesty International fordert eine schnelle, gründliche und unparteiische Aufklärung der Morde an zwei bis sechs Stammesangehörigen in den Chittagong Hill Tracts am 20. Februar 2010. Die Angehörigen des

Jumma-Volkes hätte friedlich gegen die Angriffe und Brandschätzungen durch bengalische Siedler in der Nacht zuvor protestiert. Dabei habe ein Demonstrant den Kommandeur der anwesenden Armeeeinheit bedroht. Darauf eröffneten Soldaten das Feuer.

2. März 2010

Die Asian Human Rights Commission beklagt willkürliche Verhaftungen und Folter in Bangladesch. Die Organisation berichtet von Mohiuddin Arif, der Ende Januar 2010 in Dhaka nach zehntägiger Haft und Folter durch RAB und die Polizei im Krankenhaus starb. Arif wurde schon bei der Verhaftung am 24. Januar vor seinem Haus und vor den Augen von Familienangehörigen und Nachbarn von RAB-Mitgliedern geschlagen und schwer misshandelt. Ein Grund für die Verhaftung wurde nicht genannt; vor dem Haftrichter hieß es später, er sei ein Räuber. Vom RAB wurde Arif an die Polizeistation Pallabi in Dhaka weitergereicht, wo er ebenfalls gefoltert wurde. Die letzten drei Tage seines Lebens verbrachte er im Krankenhaus, ohne dass die Verwandten allerdings Zugang zum ihm erhielten.

17. März 2010

Human Rights Watch fordert die Regierung Bangladeschs auf, die 700, die verdächtigt werden, beim Aufstand der BDR vor mehr als einem Jahr beteiligt gewesen zu sein, entweder anzuklagen oder freizulassen. Die Menschenrechtsorganisation äußert sich besorgt über die Behandlung der Gefangenen und die Berichte über Folter in Haft.

22. März 2010

Die Polizei verhindert eine Ausstellung in der Drik Picture Library in Dhaka mit Fotos über extralegale Hinrichtungen („Crossfires“). Mehrere Organisationen, darunter Amnesty International und Ain o Salish Kendra verurteilen diese Verletzung des Rechts auf Meinungsfreiheit. Der Länderexperte Abbas Faiz fordert die sofortige Beendigung des Banns.

Erneut berichtet die Asian Human Rights Commission von einem Fall willkürlicher Verhaftung und schwerer Folter in Bangladesch. In Tala im Distrikt Satkhira war Md. Shorab Hossain am 7. Januar wegen angeblicher Räuberei verhaftet worden. In der Haft wurde er geschlagen. Die Familie erklärt, die Anklage sei frei erfunden.

24. März 2010

Amnesty International kritisiert die Arbeitsbedingungen für Ausländer in Malaysia. „Viele Arbeiter schufteten unter Bedingungen, die Ausbeutung gleichkommen“, heißt es dem Bericht. Die Menschenrechtsorganisation nennt niedrige Löhne, unsichere Arbeitsbedingungen, willkürliche Festnahmen und Erpressungen. Mehr als ein Fünftel der Beschäftigten in dem südostasiatischen Staat sind Ausländer – vor allem auf Baustellen, in Fabriken, Restaurants und auf Plantagen für die Produktion von Palmöl. Etwa zwei Millionen Arbeiter sind in Malaysia gemeldet, die meisten aus Indonesien, Bangladesch, Indien, Nepal, Birma, den Philippinen und Vietnam. Schätzungsweise eine Million Ausländer arbeiten außerdem illegal in Malaysia. Ein Amnesty-Team besuchte Malaysia im Juli 2009 und führte Gespräche mit mehr als 200 Arbeitern. Ergebnis ist ein Bericht von 100 Seiten mit dem Titel „Gefangen – die Ausbeutung von Wanderarbeitern in Malaysia“. Der malaysische Arbeitsminister S. Subramaniam sagt zu dem Bericht, es gebe keine Diskriminierung ausländischer Arbeiter.

Todesstrafe:

- (siehe auch: Menschenrechte, Bestrafung der Kriegsverbrechen von 1971, Militär/Aufstand der Rifles)
23. Januar 2010 Die EU veröffentlicht eine Erklärung, in der sie generell die Todesstrafe ablehnt – sowohl nach der Ermordung Scheikh Mujibur Rahmans als auch nach den Tötungen während der BDR-Meuterei 2009 oder gegen potenzielle Kriegsverbrecher während des Unabhängigkeitskrieges. Das bangladeschische Außenministerium äußert sich „überrascht“ über den Zeitpunkt der Erklärung.
28. Januar 2010 Syed Farook-ur Rahman, Sultan Shariar Rashid Khan, Mohiuddin Ahmed, AKM Mohiuddin Ahmed und Bazlul Huda werden im Zentralgefängnis von Dhaka gehängt. Sie waren 1998 wegen der Ermordung des ersten bangladeschischen Präsidenten Sheikh Mujibur Rahman und des größten Teils seiner Familie im August 1975 zum Tode verurteilt worden. Amnesty International verurteilt in einer Presseerklärung die Hinrichtungen. (siehe Bestrafung der Putschisten)
1. Februar 2010 Ein Gericht in Bogra verurteilt zwei Männer zum Tode und zwei weitere zu lebenslanger Haft. Alle Verurteilten stammen aus Induil im Adamdighi Upazila. Sie sollen am 21. Mai 2000 einen anderen Dorfbewohner wegen einer Landstreitigkeit ermordet haben.
2. Februar 2010 Nach Angaben der Justiz sind seit der Unabhängigkeit 411 zum Tode Verurteilte hingerichtet wurden. Zur Zeit sitzen 1020 Menschen einschließlich 36 Frauen in den Todeszellen. Bis jetzt wurde noch nie eine Frau hingerichtet.
17. Februar 2010 Ein Gericht in Sylhet verurteilt einen Mann aus Ajor im Jakiganj Upazila zum Tode. Er wird schuldig befunden, am 21.1.2004 seine Frau getötet zu haben.
2. März 2010 Zwei Richter des High Court erklären die obligatorische Todesstrafe, die im Women and Children Repression Prevention Act (Special Provisions) Act 1995 vorgesehen war und die im Jahr 2000 aufgehoben wurde, für illegal. Außerdem setzen sie für zwei Monate die Exekution von Shukur Ali aus, der als Minderjähriger am 12.7.2001 wegen der Vergewaltigung und Ermordung eines Mädchens im Jahr 1999 von einem Gericht in Manikganj zum Tode verurteilt worden war.
7. März 2010 Ein Gericht in Chuadanga verurteilt zwei Männer zum Tode, die am 11.8.2003 zwei Brüder getötet haben sollen. Die Verurteilten stammen aus Bamunnagar im Alamdanga Upazila. Acht weitere Angeklagte werden freigesprochen. Nach dem Mord war zunächst gegen 16 Männer Anzeige erstattet worden. Von denen wurden in der Zwischenzeit sechs in "Kreuzfeuern" mit Sicherheitskräften getötet.
18. März 2010 Ein Gericht in Netrakona verurteilt einen Mann aus Sitarampur wegen Mordes an seiner Frau 4.9.2003 zum Tode. Wegen eines Mitgiftstreits

soll er gemeinsam mit vier Verwandten seine Frau an Händen und Füßen gefesselt, mit Kerosin übergossen und angezündet haben.

Justiz/Urteile/Gefängnisse:

14. Dezember 2009 In der bangladeschischen Justiz sind mindestens 400 einfache Richterstellen nicht besetzt, berichtet die Tageszeitung „Daily Star“.
18. Dezember 2009 Nozrul Islam, Richter am Supreme Court von Bangladesch, fordert die Abgeordneten des Landes zu mehr Sorgfalt bei der Abfassung von Gesetzestexten auf. Viele stimmten im Parlament zu, ohne den Text überhaupt gelesen zu haben. In einer scharfen Reaktion beschuldigt Staatsminister Quamrul Islam daraufhin den Richter, die Rechte der Abgeordneten zu untergraben.

Bestrafung der Kriegsverbrecher von 1971, der Putschisten von 1974 und der Gefängnismörder von 1975:

14. Dezember 2009 Justizminister Shafique Ahmed kündigt an, dass noch im Februar der erste Prozess gegen die Kriegsverbrecher von 1971 beginnen soll. Die Täter sollen des Völkermords angeklagt werden. Im Befreiungskrieg starben drei Millionen Bengalen. Ein Großteil der intellektuellen Elite wurde gezielt umgebracht. 250 000 Frauen wurden von der pakistanischen Armee und ihren islamistischen Verbündeten, den Razakars und Ali Badrs, missbraucht. Einige der Anführer leben heute außerhalb Bangladeschs, darunter Chowdhury Mueenuddin in London.
18. Dezember 2009 Innenministerin Sahara Katun beschuldigt den BNP-Abgeordneten Salauddin Quader Chowdhury, 1971 als Mitglied der Razakars für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich zu sein. Ihm müsse bald der Prozess gemacht werden. SQ Chowdhury zeigt Sahara Katun daraufhin der Beleidigung und falscher Nachrede an.
21. Dezember 2009 Der High Court veröffentlicht das 412-seitige Urteil vom 19. November 2009, in dem die Todesurteile gegen die Mörder von Staatsgründer Scheich Mujibur Rahman bestätigt werden. Eine Gruppe von Armeeeoffizieren hatte am 15. August 1975 Mujib und seine Familie umgebracht. Erst 1996, also 21 Jahre später, wurde Anklage erhoben. In dem anschließenden Verfahren wurden 15 Angeklagte zum Tode verurteilt. Zwölf dieser Todesurteile wurden vom High Court bestätigt. Fünf Inhaftierte - Bazlul Huda, Mohiuddin Ahmed, Syed Faruk Rahman, Sultan Shahriar Rashid Khan und AKM Mohiuddin Ahmed - appellierten 2009 an den Supreme Court, der die Urteile jedoch am 19. November bestätigte. Gegen Abdur Rashid, Shariful Haque Dalim, Noor Chowdhury, Moslemuddin, Rashed Chowdhury und Abdul Mazed, die sich im Ausland aufhalten, liegen bei Interpol Haftbefehle vor. Der verurteilte Abdul Aziz Pasha ist in Zimbabwe gestorben.

27. Januar 2010 Innenministerin Sahara Khatun erklärt Journalisten, dass sich die Regierung im Zusammenhang mit der Ermordung Scheikh Mujibur Rahmans um die Rückführung der weiteren sechs zum Tode Verurteilten bemüht, die sich u.a. in Kanada, Pakistan und Libyen aufhalten. Einer der Männer, die 1998 zum Tode verurteilt worden waren, ist in der Zwischenzeit gestorben.

Menschenrechtler weisen die Erklärung des pakistanischen Botschafters in Dhaka zurück, dass das Friedensabkommen zwischen Indien, Pakistan und Bangladesch von 1974 eine Amnestie für alle Kriegsverbrechen von 1971 enthalten. Die juristische Aufarbeitung der Kriegsverbrechen sei eine berechnete Forderung im Sinne der Sicherung der Menschenrechte.

28. Januar 2010 Syed Faruk-ur Rahman, Sultan Shariar Rashid Khan, Mohiuddin Ahmed, AKM Mohiuddin Ahmed und Bazlul Huda werden kurz nach Mitternacht im Zentralgefängnis von Dhaka hingerichtet. Nur 13 Stunden zuvor hatte das Oberste Gericht die beantragte Revision abgelehnt. Die fünf Männer sind des Mordes an Bangladeschs erstem Präsidenten Scheikh Mujibur Rahman und nahezu seiner gesamten Familie im August 1975 für schuldig befunden worden. Trotz Appelle unter anderem von Amnesty International lehnte der amtierende Präsident Zillur Rahman eine Begnadigung ab. Die Hinrichtungen fanden durch den Strang statt. Amnesty International kritisiert die Hinrichtungen scharf. Entgegen der in Bangladesch üblichen Praxis hatte der Präsident die Gnadengesuche dreier der Männer abgelehnt, bevor der Supreme Court die Strafen abschließend überprüft hatte. Das Gnadengesuch eines Verurteilten, das erst nach abschließendem Urteil an den Präsidenten geschickt worden war, wurde innerhalb von Stunden abgelehnt. Nie zuvor wurden Verurteilte am Folgetag der abschließenden Urteilssprechung hingerichtet. Die Familienangehörigen der Verurteilten leben in Angst vor Angriffen durch politische Aktivisten der Awami League. Am 31. Januar wurde das Haus von Aziz Pasha, der schon gestorben war und in dem jetzt sein Bruder lebt, angezündet.

Innenpolitik:

(siehe auch: Verkehr)

13. Dezember 2009 Die Bangladesh Nationalist Party bestimmt die 18 Mitglieder ihres ständigen Parteipräsidiums: Begum Khaleda Zia, Khandaker Delwar Hossain, RA Ghani, Khandakar Mosharraf Hossain, Moudud Ahmed MP, M Shamsul Islam, Mahbubur Rahman, Tariqul Islam, ASM Hannan Shah, MK Anwar MP, Sarwari Rahman, Jamir Uddin Sircar MP, Mirza Abbas, Gayeshwar Chandra Roy, Abdul Moyeen Khan, Nazrul Islam Khan, Rafiqul Islam Mia, Salauddin Quader Chowdhury MP und Tarique Rahman. Ausgeschieden aus dem Gremium sind Abdul Matin Chowdhury, Khandaker Mahbub Uddin Ahmad und Chowdhury Tanveer Ahmed Siddiqui. BNP-Generalsekretär bleibt Khandaker Delwar Hossain, doch wurde seine Macht beschnitten und auf den ersten Stellvertreter Mirza Fakhrul Islam Alamgir übertragen.

Weitere Stellvertreter sind Amanullah Aman, Mizanur Rahman Minu, Barkatullah Bulu, Mohammad Shahjahan, Salahuddin Ahmed, Rechtsanwalt Mahbubuddin Khokan und Ruhul Kabir Rizvi Ahmed.

14. Dezember 2009 Die Wahlkommission gibt bekannt, dass alle Parteien bei der nächsten Wahl – abhängig von der Zahl ihrer Kandidaten – Wahlkampfunterstützung erhalten können. 2009 nahmen 39 Parteien an den Parlamentswahlen teil. 34 erhielten wenig.
15. Dezember 2009 Abul Kashem, der für die Jatiya Party in Bezirk Tangail-5 kandidiert hat, verliert seinen Parlamentssitz. Der High Court erklärt die Kandidatur für illegal und nichtig. Das Verfahren war durch Kashems Rivalen Major Gen (Retd) Mahmudul Hassan von der BNP angestrengt worden. Kashem soll Bankschulden und Telefongebühren nicht bezahlt haben.
16. Dezember 2009 Bangladesch feiert den 38. Unabhängigkeitstag mit einer großen Siegesparade in Dhaka.
4. Januar 2010 Die Opposition aus BNP und Jamaat-e-Islami boykottiert nun schon seit Juni 2009 die Sitzung des Landesparlaments. Einer der Hauptstreitpunkte ist der Räumungsbefehl an Oppositionsführerin Khaleda Zia, die ihre Staatswohnung im Cantonment verlassen soll.
11. Januar 2010 Politiker der Workers Party und anderer Parteien sowie Vertreter der Zivilgesellschaft fordern, dass die Verantwortlichen für den Putsch vom 11. Januar 2007 zur Rechenschaft gezogen werden. Die Übergangsregierung unter Fakhruddin Ahmed habe sich die Macht durch einen Verfassungsbruch angeeignet.
12. Januar 2010 Obwohl schon seit dem 1. Juli 2009 in Kraft, wurde der "Right to Information Act" bisher in keiner Weise umgesetzt. Weder die Regierung noch die ihr angeschlossenen Behörden seien darauf vorbereitet, Informationen zu geben, heißt es in mehreren Zeitungsberichten.
14. Januar 2010 Der AL-Abgeordnete Saber Hossain Chowdhury legt dem Parlament einen Gesetzentwurf vor, der die Abgeordneten auf bestimmte Verhaltensweisen festlegt. So soll kein Abgeordneter Geschenke annehmen, die mehr als 5000 Taka wert sind. Wertvollere Geschenke müssen bei dem „Moral-Komitee“ des Parlaments angemeldet werden, das wiederum den Parlamentspräsidenten informiert. Weiter sollen die Abgeordneten Abstand nehmen von persönlichen Angriffen, Beleidigungen und üblen Nachreden.

Die Regierung zieht bis auf weiteres einen Gesetzentwurf zurück, der die Gehälter und sonstigen Zahlungen an Präsident, Premierminister und Staatsminister um teilweise 83 Prozent erhöht hätte.

Kampf gegen Korruption:

(siehe auch: Gesundheitsvorsorge)

15. Dezember 2009 Der Versuch, Millionen von Dollar, die Politiker, Unternehmer und hohe Beamte in der ersten Phase der Caretaker-Regierung von 2007 ins Ausland geschafft haben, scheint im Sande zu verlaufen. Eine für diesen Tag anberaumte Sitzung der damals eingerichteten „Taskforce“ wird zum wiederholten Mal abgesagt. Das Gremium, das von dem Chef der Bangladesh Bank, Atiur Rahman, geführt wird, traf sich zuletzt Ende 2008. Bangladesh Bank und Vertreter des Finanzministeriums erklären, es gebe bei dem Bemühen, Schmuggelgeld zurückzuschaffen, keinen signifikanten Fortschritt. Das schien anfangs anders. Nach der vom Militär gedeckten Machtübernahme durch eine neue Übergangsregierung im Januar 2007 startete diese eine Anti-Korruptions-Kampagne, während der mehr als 200 Politiker und andere wegen Korruption verhaftet wurden. Ehemalige Minister wurden angeklagt, weil sie ein riesiges Vermögen illegal angesammelt hatten. Der damalige Armee-Chef Moeen U Ahmed berichtete im Oktober 2007 bei einer Reise in London, dass die Übergangsregierung 129 Millionen US-Dollar Schmuggelgeld sichergestellt habe. 72 Millionen seien freiwillig zurückgebracht worden. Weiteren 240 Millionen sei man auf der Spur. Damals flohen fast 100 hochstehende Politiker und Geschäftsleute ins Ausland, um der Verfolgung wegen Geldschmuggel und Korruption zu entgehen. Einige verstecken sich nach wie vor mit ihren Familien.
17. Dezember 2009 Die Zeitung Amar Desh beschuldigt den Energiepolitiker Tawfiq-e-Elahi (AL) und Sajeeb Wazed Joy, Sohn der amtierenden Premierministerin, fünf Millionen US-Dollar von dem Ölkonzern Chevron angenommen zu haben. Die Awami League reagiert mit einer Klage wegen Verleumdung und übler Nachrede gegen Amar Desh. Sie beschuldigen die BNP, sie überziehe den Sohn der Premierministerin mit einer falschen Anklage, um von den Verfahren gegen den Sohn der Oppositionsführerin, Tarique Rahman, abzulenken.
28. Dezember 2009 Ghulam Rahman, Geschäftsführer der Anti-Corruption Commission (ACC) fordert den High Court auf, einen eigenen Senat für Korruptionsfälle einzurichten, weil die Verfahren sonst zu lange dauerten.
29. Dezember 2009 Transparency International Bangladesh beklagt den fortdauernden Einfluss von Polizei und Armee auf die Politik des Landes.
10. Januar 2010 Distriktrichter SM Saiful Islam erklärt eine Klage des früheren Energie-ministers Iqbal Hasan Mahmud Tuku gegen Ex-Armeechef Moeen U Ahmed für zulässig. Tuku, in der Zeit der Übergangsregierung wegen Korruption in Haft, beschuldigt Moeen U Ahmed der Beleidigung und üblen Nachrede.
31. März 2010 Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch fordert die Regierung Bangladeschs auf, die Möglichkeiten der Anti-Korruptions-Kommission nicht nur Änderung der gesetzlichen Grundlage einzuschränken.

Innere Sicherheit/Polizei:

- (siehe auch: Menschenrechte, Landvertreibungen, Medien, Universitäten)
21. Dezember 2009 Mindestens 50 Personen werden in Bogra bei Zusammenstößen zwischen zwei Studentengruppen im Bogra Azizul Haque College verletzt. Beide Gruppen, die Bangladesh Chhatra League (BCL), die der Awami League nahe steht, und die Islami Chhatra Shibir, die der Jamaat-e-Islami nahe steht, verfügen über Schusswaffen.
27. Dezember 2009 Die Regierung will zwei weitere Einheiten des Rapid Action Battallion (RAB) zusammenstellen.
29. Dezember 2009 Der Generaldirektor des Rapid Action Battalion (RAB), Hasan Mahmud Khandaker, erklärt im Hauptquartier Uttara, dass im Jahr 2009 insgesamt 60 Menschen bei „Crossfires“ mit dem RAB ums Leben kamen. 2008 waren es 83. Alle Todesfälle seien untersucht worden. Das Vorgehen des RAB sei aber in allen Fällen konform mit den Gesetzen gewesen. Insgesamt inhaftierte das RAB im vergangenen Jahr 16 436 Menschen. 1306 Schusswaffen wurden sichergestellt.
5. Januar 2010 Premierministerin Scheich Hasina Wajed erklärt, die Regierung habe seit ihrem Amtsantritt landesweit 32 000 neue Polizeiposten eingerichtet, um mehr Ruhe und Ordnung zu gewährleisten.
8. Januar 2010 Ein Mann wird bei Pallabi in Dhaka im „Kreuzfeuer“ getötet.
11. Januar 2010 Khalilur Rahman (37) alias Khalil Dakat wird im „Kreuzfeuer“ mit der Polizei im Ort Bhavanipur ca. 15 km nördlich von Chittagong City getötet.
12. Januar 2010 Mohammad Alamgir Hossain (26) stirbt im „Kreuzfeuer“ mit der RAB in Kachukhet nahe der Noor Moschee in Dhaka getötet.
30. Januar 2010 Wieder wurde ein Verdächtiger im „Kreuzfeuer“ der RAB getötet. Osman Gani (35) kommt in Dakkhin Rangamatia, Fatikchari in Chittagong, ums Leben.
11. Februar 2010 Nach dem Mord an drei Menschen in Süd-Keraniganj steigt die Zahl der getöteten Personen in und um Dhaka in den letzten 48 Stunden auf sechs. Die Kämpfe zwischen Aktivisten der Chhatra League sowie der Islami Chhatra Shibir schwappen auf andere Orte über, nachdem ein Chhatra-League-Aktivist am Dienstag an der Universität Rajshahi getötet wurde. Danach wurden die Büros von Jamaat und Shibir in Barisal, Pirojpur, Gaibandha, Nilphamari and Netrakona angegriffen.
- In Chittagong werden bei einer Auseinandersetzung zwischen Aktivisten der Bangladesh Jammata-e-Islami sowie ihrer Studentenorganisation Islami Chhatra Shibir und der Polizei 30 Menschen verletzt, darunter zehn Polizisten. Die Polizei hat zuvor einen Demonstrationzug gestoppt, der die Überführung des Leichnams eines in der

- Nacht zuvor getöteten Studenten vom Krankenhaus zu einer Moschee begleitet. 96 Personen werden festgenommen.
12. Februar 2010 Bei Kämpfen zwischen den beiden Studenten-Organisationen Bangladesh Chhatra League und Jatiyatabadi Chhatra Dal in Sirajganj werden mindestens 70 Personen verletzt.
13. Februar 2010 Im Zuge der landesweiten Fahndung inhaftiert die Polizei 195 Jamaat and Shibir Aktivisten, die in die landesweiten Kämpfe nach dem Mord an der Rajshahi University verstrickt waren.
16. Februar 2010 Die Wahlkommission äußert sich tief besorgt über die verschlechterte Sicherheitslage in Dhaka.
- Seit den Kämpfen am 8. und 9. Februar an der Rajshahi-Universität, bei denen ein Aktivist der Chhatra League umgekommen ist, wurden landesweit 415 Aktivisten verhaftet.
20. Februar 2010 Ein mutmaßlicher Funktionär der verbotenen Sharbohara-Partei wird bei einem „Kreuzfeuer“ in Rajbari getötet.
24. Februar 2010 Unbekannte werfen zwei Bomben in das Büro der BNP-Vorsitzenden Khaleda Zia. Der Sohn des Generalsekretärs wird dabei verletzt und ins Krankenhaus gebracht.
- Ein regionaler Anführer der Purba Banglar Communist Party wird in Kushtia im „Kreuzfeuer“ getötet.
- In Chittagong werden bei einer Auseinandersetzung zwischen Steine werfenden Madrassah-Studenten und der Polizei 30 Menschen verletzt. Die Polizei wollte die nicht genehmigte Demonstration stoppen. 40 Personen werden festgenommen.
26. Februar 2010 Zwei mutmaßliche Verbrecher werden in Dhaka im „Kreuzfeuer“ getötet.
3. März 2010 Ein mutmaßlicher Verbrecher wird vom Rapid Action Battallion (RAB) in Dhaka im „Kreuzfeuer“ getötet. Die Zahl der extralegalen Tötungen ist hiermit auf 162 seit dem 6. Januar 2009, als die AL-geführte Allianz das Regierungsamt übernahm, gestiegen.
10. März 2010 Nach Berichten über einen Todesfall in der Polizeistation von Ramna fordern Ain o Salish Kendra und andere Menschenrechtsorganisationen eine unparteiliche Untersuchung.
11. März 2010 Bei einer Razzia gegen Drogenhändler in Karwan Bazar fordern Polizisten die Bevölkerung auf, Selbstjustiz zu üben. Beobachter zitieren die Beamten mit den Worten: „Fangt sie und brecht ihnen die Knochen!“
15. März 2010 Ein Chhatra-League-Anführer wird in Jessore von Messerstechern umgebracht, mutmaßlich von einem Aktivist der rivalisierenden Faktion.

16. März 2010 Innenministerin Sahara Khatun legt im Parlament eine aktualisierte Liste der 42 Top-Kriminellen des Landes, die mutmaßlich außer Landes geflohen sind vor. Weiterhin erklärt sie, dass in den vergangenen zwei Jahren mehr als 2000 Polizisten verschiedener Verbrechen für schuldig befunden wurden.

Militär/Aufstand der Rifles:

(siehe auch: Menschenrechte)

15. Dezember 2009 Major Gen Mainul Islam, Generaldirektor der Bangladesh Rifles (BDR), übergibt einen Entwurf des Border Guard Act 2009 an das Justizministerium. Nach dem Entwurf sollen u.a. schwere Vergehen von Mitgliedern des Grenzschutzes zukünftig mit zwischen sieben Jahren Haft und dem Tode bestraft werden. Am 1. März.2010 nimmt das Kabinett den Border Guards Bangladesh Act 2010 grundsätzlich an.

20. Dezember 2009 In Feni beginnt der Prozess gegen 62 Mitglieder der Bangladesh Rifles (BDR). Sie werden beschuldigt, zeitgleich mit der „Mutiny“ im Hauptquartier in Dhaka im Februar 2009 in der Region um Feni Angst und Schrecken verbreitet zu haben, in dem sie sich mit den Aufständischen solidarisierten. Es ist dies der dritte Prozess gegen BDR-Angehörige. Der erste begann am 24. November in Rangamati, der zweite am 7. Dezember in Satkhira. Bei der Mutiny am 25. und 26. Februar 2009 in Pilkhana starben 73 Personen, darunter 57 Offiziere der Armee. Der Aufstand griff auch auf Außenposten der Armee über. Am 15. November wurden sechs Sondergerichte eingerichtet, darunter zwei in Dhaka. Landesweit sollen 3500 Grenzsoldaten in 40 Gerichtsverfahren abgeurteilt werden.

30. Januar 2010 Eine neue Einheit des Rapid Action Battallion (RAB) erhält den Auftrag, 59 Mitglieder der BDR, die auf der Flucht sind, ausfindig zu machen.

1. März 2010 Das Kabinett von Premierministerin Scheikh Hasina billigt den Entwurf des Border Guards Bangladesh Act. Danach sollen die „Bangladesh Rifles“ (BDR) in „Border Guards“ umbenannt werden. Die Strafen bei einem Aufstand (Mutiny) werden bis hin zur Todesstrafe verschärft. Ausgangspunkt für das Gesetz war der Aufstand der BDR am 25. und 26. Februar 2009 in deren Hauptquartier Pilkhana in Dhaka.

31. März 2010 Das BDR-Sondergericht 5 eröffnet ein Verfahren gegen 668 Soldaten. Während des Aufstandes im Februar 2008 waren insgesamt 911 Jawans (= Angehörige der BDR) im Hauptquartier in Dhaka.

Landstreitigkeiten:

9. Dezember 2010 Saifulla, Führer einer Landrechte-Bewegung in Satkhira, wird in der Nacht zum 9. Dezember tot aufgefunden. Polizist hatte sein Haus umstellt und wollten ihn verhaften. Als sie ihn fanden, sei er schon tot gewesen, behaupten sie. Saifullah hatte die Verteilung von Khas-Land

unter den Landlosen in Norarchak und Debhata gefordert. Zahlreiche Demonstranten, die die Schilderung der Polizei in Zweifel ziehen, fordern in den Tagen danach eine unparteiische Untersuchung. Am 4. Januar 2010 organisieren sie in Satkhira eine große Menschenkette.

14. Januar 2010 Die 2100 Bewohner des Slums Shahidertek Bosti werden von dem Ministerium für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten angewiesen, ihre Hütten innerhalb von zehn Tagen zu räumen. Die Menschenrechtsorganisation Ain o Salish Kendra zieht zunächst mit Erfolg gegen diese Anweisung vor Gericht. Am 23. Februar beginnen Bulldozer trotz gerichtlichen Verbots mit der Räumung. Die meisten Bewohner leben seit mehr als 25 Jahren in dem Slum.
13. Februar 2010 Bei Kämpfen um Landbesitz zwischen zwei Gruppen von Dorfbewohnern in Kurigram wird ein Mann getötet, 14 Personen werden verletzt.
18. Februar 2010 Bei einem Kampf um Land zwischen zwei Gruppen in Narayanganj wird eine Person getötet, 15 werden verletzt.
7. März 2010 Bei einem Streit um Land in Barisal wird eine Person getötet, zehn weitere werden verletzt.
19. März 2010 Mindestens 50 Personen inklusive Frauen und Kinder werden im Vorfeld der Wahlen der Rashombari Primary Milk Producers' Co-operative Union bei einem Kampf zwischen rivalisierenden Landwirten in Sirajganj verletzt.

Gewerkschaften, Demonstrationen/Striks:

- (siehe auch: Universitäten, Umwelt, Chittagong Hill Tracts, Textilindustrie, Bangladesch und Indien)
30. Januar 2010 Mehr als 1000 Beschäftigte beim Kohleabbau in Barapukuria treten in Dinajpur in einen unbefristeten Streik. Sie fordern höhere Boni für ihre Arbeit.
16. März 2010 Die Angestellten auf den Binnenschiffen beginnen einen unbefristeten Streik. Sie fordern einen Mindestlohn sowie bessere Arbeitsbedingungen. Zuvor sind Verhandlungen mit den Arbeitgebern gescheitert.
17. März 2010 Die Schifffahrt kommt durch den Streik zum Erliegen.
19. März 2010 Die Angestellten auf den Binnenschiffen beenden ihren Streik. Ein Komitee soll neue Lohnhöhen festlegen. Es wird sich erstmals in einem Monat treffen.

Medien/Pressefreiheit:

19. Dezember 2009 Der Journalist M Abdullah von der Tageszeitung Amar Desh wird in seinem Auto angegriffen und verletzt.

20. Dezember 2009 Tarique Rahman, der ältere Sohn der BNP-Vorsitzenden Khaleda Zia, reicht eine gerichtliche Klage gegen die Tageszeitung Janakantha ein, weil sie ihn fälschlicherweise für das Attentat vom 21. August auf Sheikh Hasina und die Spitze der Awami League verantwortlich gemacht habe. Ebenso klagt der BNP-Politiker Salauddin Quader Chowdhury gegen die Bezeichnung "Killer of 1971" in der gleichen Zeitung.
23. Dezember 2009 Eine Gruppe von Studenten der Patuakhali Science and Technology University greifen einen örtlichen Journalisten auf dem Campus an und verletzen ihn schwer. Jobayedul Hasan, Dumki, Lokalreporter der regionalen Tageszeitung Banglar Bane, hatte zuvor über terroristische Aktivitäten, Erpressungen und Drogenhandel unter Studenten der Universität berichtet.
29. Dezember 2009 Am Rande einer Konferenz im National Press Club in Dhaka kritisiert die Bangladesh Media Commission in der South Asian Free Media Association die fortdauernde Verfolgung von Journalisten und die fehlende Bestrafung der Täter. 2009 wurden drei Journalisten getötet und mehr als 200 durch Sicherheitskräfte gefoltert oder misshandelt. Der Präsident der Kommission und Journalist bei der Vierteljahresschrift Asian Affairs, Mizanur Rahman Shelley, erklärt, dass politische Umfeld sei zu undemokratisch.
1. Januar 2010 Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Odhikar hat die von der Awami League geführte Regierung ihr Versprechen der Pressefreiheit nicht eingelöst. Im Jahr 2009 sind insgesamt drei Journalisten getötet worden; 71 wurden verletzt, 36 angegriffen und 68 bedroht.
2. Januar 2010 Nach einem Bericht über Julfikar Ali, den Chef einer privaten Bande, erhält Babul, Journalist der lokalen Tageszeitung Purbanchal in Khulna, über sein Mobiltelefon von diesem Morddrohungen.
14. Januar 2010 Trotz gegenteiliger Beweise behauptet Quamrul Islam, Staatsminister im Justizministerium, auf Anfrage des Parlaments, es habe seit dem Antritt der neuen Regierung 2008 keine Übergriffe oder gar Morde an Journalisten gegeben.
15. Februar 2010 Ain o Salish Kendra stellt vermehrte Angriffe auf Journalisten fest. Die Organisation verweist auf Übergriffe in Kustia, an der Universität von Rajshahi, in Chittagong, im Pabna Perss Club und in Jhinaidah.

Bildung/Universitäten:

(siehe auch: Menschenrechte, innere Sicherheit, Medien)

24. Dezember 2009 Am fünften Jahrestag der Ermordung von Prof. Muhammad Yunus fordern 700 Teilnehmer eines Schweigemarsches an der Universität von Rajshahi die schnelle Bestrafung der Mörder.

12. Januar 2010 Mehrere 100 Studenten der Shere-Bangla Agricultural Universität in Dhaka protestierten gegen Misshandlungen durch die RAB.
3. Februar 2010 Abu Bakar Siddiqi, Student an der Universität Dhaka, stirbt an den Folgen schwerer Verletzungen, die er sich tags zuvor bei Zusammenstößen zwischen mehreren Fraktionen der Bangladesh Chhatra League (BCL) in der Sir AF Rahman Halle zugestoßen hat. Die BCL ist die Studentenorganisation der regierenden Awami League.
9. Februar 2010 Der Student Faruk Hossain stirbt nach einem brutalen Angriff der islamistischen Chhatra Shibir an der Universität Rajshahi durch eine Vielzahl von Messerstichen. 24 weitere Studenten, viele Mitglieder der Chhatra League, werden in kritischem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert.
14. Februar 2010 Der Vize-Kanzler der Rajshahi University, Abdus Sobhan, beschuldigt die Polizei, tatenlos zugesehen zu haben, wie Chhatra-Shibir-Aktivisten die Studenten der Chhatra League angegriffen haben.
4. März 2010 162 Anführer und Aktivisten der Jamaat-e-Islami und ihres Studentenflügels Islami Chhatra Shibir werden von einem Gericht in Rajshahi wegen der Ereignisse vom 8. und 9. Februar zu Haftstrafen verurteilt.
18. März 2010 Nach Kämpfen zwischen rivalisierenden Aktivisten der Bangladesh Chhatra League werden bei einer nächtlichen Polizeirazzia 57 Studenten des Dhaka College verhaftet und Waffen sichergestellt.

Kultur:

(siehe: Deutsch-Bangladeschische Beziehungen)

Religionen/religiöse Minderheiten:

22. Dezember 2009 Ein neunjähriger Madrassah-Schüler wurde von einem Madrassah-Lehrer sexuell missbraucht; ihm gelang die Flucht zu seinen Eltern. Die Polizei fahndet nach dem Täter.
28. Dezember 2009 Schiitische Muslime feiern auch in Bangladesch das Fest Ashura. In Erinnerung an den Tod von Imam Hossain, dem Enkel von Prophet Mohammed, geißeln sich junge Männer in der Öffentlichkeit selbst.
30. Januar 2010 Premierministerin Scheikh Hasina ruft die Imame auf, mehr zur Bekämpfung der Armut zu unternehmen. Der Islam sei eine Religion des Friedens und es gäbe dort keinen Platz für Hass und Gewalt. Die Erziehung in den Madrassahs solle modernisiert werden.
12. Februar 2010 Der islamische Gelehrte Ansarul Haq behauptet in Bangladesch seit zwei Jahren, Jesus zu sein. Er ruft zum Krieg gegen Christen und Juden auf. Deshalb wird er verhaftet.

Chittagong Hill Tracts:

(siehe auch: Menschenrechte)

14. Dezember 2009 Nach Beendigung eines Projektes, das u.a. von der ADB mitfinanziert wurde, können nun 150 000 Einwohner in 28 406 Haushalten mit sauberem Trinkwasser versorgt werden.
6. Januar 2010 Die CHT-Kommission, ein internationales Gremium, das die Umsetzung des Friedensvertrages verfolgt, fordert in einem Brief, dass bei dem geplanten Ausbau des Tourismus in den CHT, der am 23. Dezember 2009 beschlossen wurde, die lokalen Entscheidungsträger stärker einbezogen werden. Vertreterinnen der indigenen Gruppen befürchten, dass sonst unter dem Deckmantel der Tourismusförderung weitere Landenteignungen vorgenommen werden und dass die Maßnahmen massive ökologische Schäden anrichten.
26. Januar 2010 Die Parbatya Bangalee Chhatra Parishad (PBCP) verbarrikadiert für einen halben Tag zwei Straßen in Khagrachari und Rangamati – einen Tag, nachdem indigene Bewohner aus Protest gegen einen Landstreit ebenfalls Straßen blockiert hatten.
27. Januar 2010 Eine Autokolonne mit Shantu Larma, dem Vorsitzenden des Regionalrats, und Devashish Roy, König der Chakmas und von Januar bis Dezember 2008 persönlicher Berater des Vorsitzenden der Übergangsregierung, wird an verschiedenen Orten auf dem Highway in Khagrachari angegriffen. Sie kommen mit kleinen Verletzungen davon.
- 19./20. Februar 2010 Bei Zusammenstößen zwischen Indigenen und bengalischen Siedlern in m Distrikt Khagrachhari werden mindestens 15 Menschen, darunter einige Journalisten, verletzt. Weder Polizei noch Armee gehen gegen die plündernden Siedler vor. Erst tags darauf verhängen die Behörden ein nächtliches Ausgehverbot.
- 19./20. Febr. 2010 In der Gegend von Baghaihat in der Sajek Region im Rangamati Distrikt werden bei einem Angriff von bengalischen Siedlern und Soldaten auf Dörfer sechs Indigene, nach offiziellen Angaben zwei, getötet, mindestens 400 Häuser verbrannt und ebenso viele Familien vertrieben. Ein buddhistischer Tempel und eine Kirche werden ebenfalls abgebrannt. Tausende Indigene fliehen in die Wälder. Die Lage in der Region gilt als sehr angespannt, nachdem sich bengalische Siedler mit Unterstützung der Armee auf angestammtem Land der Indigenen angesiedelt haben. Weder Polizei noch Armee gehen gegen die plündernden Siedler vor. Erst tags darauf verhängen die Behörden ein nächtliches Ausgehverbot. Durch diese Anordnung, die die Versammlung von fünf oder mehr Personen verbietet, ist es den Indigenen nicht möglich, nach Vermissten zu suchen.
23. Februar 2010 In Khagrachari Stadt werden bei gewaltsamen Auseinandersetzungen in mehreren Stadtgebieten ein Mensch getötet und mehr als 50 verletzt. Dutzende Häuser werden verbrannt. Für die nächsten drei Nächte wird eine Ausgangssperre verhängt. Die Unruhen brechen aus,

als bengalische Siedler, angeführt von der PBCP, einen Demonstrationszug der UPDF, United Peoples Democratic Front, verfolgen. Die Menschen benutzen Macheten, Stöcke, Steine und Ketten. In der ersten Nacht werden 42 Indigene und 28 bengalische Siedler verhaftet. 94 Familien, darunter 64 indigene, sind von den Hausbränden betroffen.

23. Februar 2010 Innenministerin Sahara Khatun kündigt an, falls sich der Konflikt zwischen den Indigenen und den Siedlern wieder verschärft, erneut die Armee in den CHT zu stationieren.

26. Februar 2010 Im Zusammenhang mit der Gewalt in Khagrachari werden der Amir der Jamaat-e-Islami des Distriktes, ein lokaler Anführer der Awami League, sowie fünf weitere Männer festgenommen, darunter zwei örtliche BNP-Politiker. Insgesamt werden acht Personen verhaftet.

Mehr als 150 indigene Familien, die nach dem Angriff auf ihre Dörfer in Baghaichhari am 19./20. Februar ihre Häuser verloren und im nahen Dschungel Schutz gesucht haben, warten noch immer auf Unterstützung, Sie haben weder Nahrung noch Medikamente. Nach Aussagen einer Distriktbehörde waren auch 29 bengalische Familien von den Angriffen betroffen. Aber die Familien, die in einer Grundschule Schutz gefunden haben, sprechen von 118 Familien und auch diese hätten noch keine Unterstützung bekommen.

Die hohe Vertreterin der EU für Außenbeziehungen, Cathrine Ashton, verurteilt den Akt der Gewalt in der Sajek Region und fordert eine unabhängige Untersuchung. Die Schuldigen müssten vor Gericht gebracht werden. Die bangladeschische Regierung reagiert mit Unverständnis. Sie bezeichnet die Aussagen der EU als „unglücklich“ und „nicht auf Fakten basierend“.

28. Februar 2010 Die Behörden von Khagrachari heben das Versammlungsverbot, das am 23. Februar ausgesprochen worden ist, auf.

Jedes Jahr bleiben 65 000 Morgen Land in den CHT unkultiviert. Nach Aussage der Behörde für Agrarwirtschaft liegen die Gründe in den hohen Preisen für Saatgut, am Mangel von Bankkrediten und dem fehlenden Wissen über moderne Technologie.

1. März 2010 Die Behörden heben auch das Versammlungsverbot in der Baghaihat-Gangarampur Gegend im Rangamati Distrikt auf. 2500 Indigene wurden obdachlos.

2. März 2010 In Jurachari im Rangamati Distrikt werden zwei Mitglieder der UPDF erschossen, ein weiterer wird verletzt. Der Distriktkoordinator der UPDF klagt die Jana Sanghat Samiti des Attentats an.

Nach den Gewalttaten vom 23. Februar haben die Behörden Anzeigen gegen 60 namentlich genannte Personen erstattet, 8000 bis 10 000 Anzeigen gegen unbekannt. Vier weitere Anzeigen liegen vor, zwei durch bengalische Siedler und zwei durch Indigene.

4. März 2010 In Baghaichhari werden erneut sieben Häuser, die Indigenen gehören, und eine Schule mutmaßlich von bengalischen Siedlern angezündet.
9. März 2010 Im Barkal Upazila rufen drei Organisationen von bengalischen Siedlern, die Parbatya Sama Adhikar Andolan, die Parpbatiya Bangali Chhatra Parishad und die Parbatiya Gana Parishad, zu einem insgesamt 48-stündigen Generalstreik im Barkal Upazila auf. Ihr Protest richtet sich gegen die Tötung von zwei Bengalen in Barkal und Khagrachari.
13. März 2010 Die drei bengalischen Organisationen rufen für den 18. März zu einer Blockade von Straßen und Wasserwegen in den CHT auf. Als Grund nennen sie den Brand von Häusern von Siedlern in Khagrachari am Tag zuvor sowie die Schickanierung und Verhaftung des früheren BNP-Abgeordneten Abdul Wadud Bhuiyan sowie die Verhaftung des Gründungspräsidenten des Bangali Chhatra Parisha, Yakub Ali Chowdhury. Sie kündigen für den 15. März Demonstrationen an. Sie fordern die Freilassung aller bengalischen Siedler, die nach den gewaltsamen Auseinandersetzungen vom 19. bis zum 23. Februar verhaftet worden waren. Der Aufruf zur Blockade wird später zurückgenommen.
16. März 2010 Die Khagrachari Distriktbehörden verbieten die Durchführung politischer Programme von Parteien, die nicht bei der Wahlkommission registriert sind. Registrierte Parteien müssen eine Woche vor einer geplanten Veranstaltung um eine Genehmigung nachfragen. Diese Entscheidung ruft Kritik hervor. Juristen erklären diese Entscheidung für nicht verfassungskonform, da sie die Versammlungsfreiheit und die freie Meinungsäußerung beschneidet.
17. März 2010 Zwei Gruppen verfeindeter Indigener liefern sich im Wald von Kachuchari bei Baghaichari im Rangamati Distrikt ein Feuergefecht.
- Das UN Development Program wird mit 20 Millionen Taka die Gesundheitsversorgung für Menschen in schwer zugänglichen Gebieten in den CHT fördern, in Bilaichari, Zurachhari, Langadu und Razasthali.

Indigene Bevölkerungsgruppen außerhalb der CHT:

(siehe: Menschenrechte)

Frauen:

20. Dezember 2009 In Muraripur im Paba Upazila wird eine Frau tot aufgefunden. Es wird für möglich gehalten, dass der Ehemann sie wegen eines Mitgiftstreits getötet hat.
21. Dezember 2009 In Bandarganj belagern hunderte Menschen die Polizeistation und protestieren gegen den in ihren Augen bestehenden Widerwillen der

- Polizei, den mutmaßlichen Mitgiftmord an einer Frau zu untersuchen. Nach Aussage des älteren Bruders der Frau hatte sich die Polizei geweigert, eine Anzeige aufzunehmen.
23. Dezember 2009 Die Jahangirnagar Universität hat gemäß den Richtlinien des High Court ein Komitee eingesetzt, das Vorfälle von sexueller Nötigung gegen Studentinnen untersuchen soll. Innerhalb eines Monats soll das Komitee einen Bericht vorlegen.
1. Januar 2010 Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Ain o Salish Kendra sind im vergangenen Jahr in Bangladesch 446 Frauen vergewaltigt worden, 62 wurden nach der Vergewaltigung ermordet. Etwa 194 Frauen starben aus Gründen der Mitgift durch die Hand ihrer Ehemänner. 62 wurden Opfer von Säureattentaten. Mindestens 35 Frauen wurden Opfer illegaler Fatwas; von ihnen wurden 20 der Hexerei beschuldigt.
4. Februar 2010 In Gudibari in Shahzadpur wird eine Frau mutmaßlich von ihrem Mann in einem Mitgiftstreit getötet.
7. Februar 2010 In Dakkhin Banasree in Dhaka wird eine Frau tot aufgefunden. Ihre Familie vermutet, dass sie von ihrem Ehemann vergiftet wurde, weil sie es nicht akzeptieren konnte, dass er vor einigen Monaten eine zweite Frau geheiratet hatte.
- In den drei größten politischen Parteien gibt es durchschnittlich nur elf Prozent Frauen im leitenden Vorstand. In der AL sind es 17 Prozent im Zentralkomitee, bei der BNP 11 und bei der Jatiya Party weniger als 7. Alle Parteien haben in ihrer geänderten Satzung angekündigt, bis 2020 die Repräsentation der Frauen auf 33 Prozent zu erhöhen.
7. März 2010 Nach einem jüngst veröffentlichten Bericht der UNDP liegt der Frauenanteil bei nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten unter der Hälfte des bis 2015 angestrebten Millennium-Entwicklungsziels. Der Anteil der Frauen im Parlament liegt bei 19 Prozent, das Ziel für 2015 liegt bei 33. Die Alphabetisierungsrate Frauen/Männer liegt bei 46 bzw. 65 Prozent, soll aber 100 Prozent bei beiden Geschlechtern erreichen. Der Anteil der Studierenden weiblich/männlich liegt bei 36/64 Prozent, soll aber bis 2015 auf 50/50 Prozent liegen. Noch sterben 280 Frauen bei 100 000 Geburten, die Rate soll auf 143 sinken.
13. März 2010 In Jhutitola Maskhola wird eine Frau mutmaßlich von ihrem Mann wegen eines Mitgiftstreits getötet. Sie wird so schwer geschlagen, dass sie auf dem Weg ins Krankenhaus an ihren Kopfverletzungen stirbt.
14. März 2010 In Badda wird ein Mann festgenommen, dem vorgeworfen wird, in die Misshandlungen gegen seine Schwägerin wegen einer Mitgiftforderung involviert gewesen zu sein. Die Frau hatte Anzeige erstattet. Der Ehemann soll ebenfalls festgenommen werden. Nach dem Jahresbericht von Ain O Salish Kendra wurden 2009 194 Frauen wegen Mitgift getötet und 281 misshandelt.

Kinder:

(siehe auch: Gesundheitsvorsorge)

21. Dezember 2009 In einer Aluminiumfabrik in Dhaka arbeiten Medienberichten zufolge schon 13-jährige Kinder. Sie erhalten für einen Zwölf-Stunden-Arbeitstag nur 85 Taka (1,21 US-Dollar). Insgesamt arbeiten 40 Kinder in der Fabrik.
10. Januar 2010 Nach einer Untersuchung des bangladeschischen Büros für Statistik gibt es im Land 400.000 Kinder zwischen 6 und 17 Jahren, die als Haushaltshilfen arbeiten, davon allein in Dhaka 132 000. Nur sechs Prozent von ihnen arbeiten Teilzeit. 74 Prozent sind Mädchen. Veröffentlicht wurden die Zahlen auf einer Pressekonferenz anlässlich der zum ersten Mal stattfindenden nationalen Konferenz zu Kinderhaushaltshilfen.
28. Januar 2010 Bei einem Meinungsaustausch zwischen Parlamentariern, NGO-Angestellten und Menschenrechtsaktivisten wird die Notwendigkeit betont, Rahmenbedingungen für die Arbeit von Haushaltshilfen zu erstellen. Sie fordern die Regierung auf, eine Registrierung und Lizenzierung vorzuschreiben, um ein angemessenes Arbeitsumfeld sicherzustellen. Zudem wird gefordert, dass die Haushaltshilfen unter das Arbeitsgesetz von 2006 gebracht werden, um sie vor Misshandlungen zu schützen. Auch sollte ein Mindestlohn und Arbeitszeiten festgelegt werden.
3. März 2010 Die Kinderrechtsorganisation Save the Children Sweden- Denmark fordert, Kinderarbeit weltweit zu beenden. Sie lobt die National Child Labour Eradication Policy 2010 der bangladeschischen Regierung. Allerdings seien weiterhin mehr als neun Millionen Kinder der übelsten Form von Kinderarbeit ausgesetzt. Sie lebten unter Bedingungen, die der Sklaverei ähnlich sind, getrennt von ihren Familien, schweren Gefahren und Krankheiten ausgesetzt. Das statistische Landesamt Bangladeschs hat die Zahl der Kinder, die unter sehr gefährlichen Bedingungen arbeiten, 2003 mit 7,4 Millionen angegeben.

Armut/Nahrungsmittelknappheit:

26. Dezember 2009 48 Prozent der Bevölkerung in den Sundarbans lebt nach Angaben des Landesamtes für Statistik unterhalb der Armutsgrenze.
21. Februar 2010 Minister Rezaul Karim Hira sagt vor dem Parlament, dass 1,5 Millionen Familien obdachlos sind (Zensus 2008).
23. Februar 2010 Das Nahrungsmittelministerium bereitet ein Programm "Reis zu einem fairen Preis" für die extrem Armen in Dhaka vor. Es wird sich etwas verzögern, weil die gesetzlichen Grundlagen noch nicht vollständig sind. Das Programm gilt für Dhaka und andere Städte. Mit seiner Hilfe können extrem arme Familien mit einer Karte jeden Monat 20 kg Reis für 22 Taka das Kilogramm kaufen. In Dhaka wird der Reis zurzeit für

28 Taka auf dem Markt verkauft. Unter das Programm fallen 2,47 Millionen extrem arme Familien.

9. März 2010

Die Regierung will Bettlei bis 2015 ausrotten. Zunächst bereitet das Finanzministerium eine Untersuchung über die Bettler in Dhaka vor. Bislang gebe es keine Daten über die Anzahl der Bettler in Dhaka und anderen großen Städten. Aber die Regierung ist sich ziemlich sicher, dass es insgesamt mindestens eine Million gibt und ihre Zahl gerade in den letzten Jahren stark gestiegen ist. Besonders viele sind in Dhaka mit seinen 13 Millionen Einwohnern zu finden. Dhaka gehört zu den am dichtesten besiedelten Städten der Welt. Die Bettler sollen in ihre Heimatregionen zurückgeschickt und dort rehabilitiert werden. Außerdem sollen Körperbehinderte und Alte in acht noch zu errichtende Wohnzentren überführt werden.

Gesundheit/Bevölkerungsentwicklung:

14. Dezember 2009 Nach einem Bericht von Bangladesh Health Watch von 2008 kommen auf 10 000 Einwohnern fünf Ärzte und zwei Krankenschwestern. Eigentlich sollten drei Krankenschwestern auf einen Arzt kommen. Aktuell sind 8000 bis 10 000 Diplomkrankenschwestern arbeitslos. Insgesamt fehlt es aber an 280 000 Krankenschwestern.

Nach Aussagen von Gesundheitsexperten leidet einer von sechs Einwohnern an einer Nierenerkrankung. 40 000 sterben jährlich an durch Nierenerkrankungen verursachten Komplikationen. Die Rate der chronisch Nierenkranken lag vor zehn Jahren bei 9 Prozent, in den nächsten zehn Jahren könnte sie auf 28 bis 30 Prozent steigen. Ein Nephrologe kommt auf 2,5 Millionen Einwohner, eigentlich sollten es höchstens 50.000 Einwohner pro Nephrologe sein.

15. Dezember 2009 Die Anzahl der Todesfälle durch Malaria ist signifikant zurückgegangen. 2009 waren es 39 Menschen, 2008 noch 154, 2007 228. Malaria ist eines der Hauptgesundheitsprobleme. 70 Upazilas in 13 Distrikten sind stark betroffen.

23. Dezember 2009 Orbis, eine internationale Organisation, die zur Prävention von Erblindung arbeitet, sagt, dass das Bruttohaushaltsvolumen jährlich um 250 Milliarden Taka steigen könnte, wenn die Erblindung durch den Katarakt verhindert würde. Bis 2015 würde dies 305 Milliarden Taka kosten. Im Land sind 750 000 Menschen blind, davon 80 Prozent durch den Katarakt.

27. Dezember 2009 Nach einer nationalen Untersuchung zu Tuberkulose sterben jährlich 70 000 Menschen an TB, und es gibt 300.000 Neuinfektionen.

29. Dezember 2009 Der Manager von Mukto Akash Bangladesh, AK Anisuzzaman, berichtet, dass bis Dezember 2009 insgesamt 745 Menschen mit dem HI-Virus infiziert wurden, 204 starben an der Immunschwäche. Ärzte würden oft nur widerwillig diese Patienten behandeln.

15. Januar 2010 Bei einem Treffen von Gesundheitsaktivisten und Experten berichtet Farida Akhter von Shasthya Andolan, dass 70 bis 75 Prozent der Einwohner in ihrem Zugang zu staatlichen Gesundheitsdiensten benachteiligt seien. 10 Prozent, die zu den sehr Armen gehören, hätten gar keinen Zugang. Transparency International Bangladesch erklärt aus, dass im Gesundheitswesen die meiste Korruption in den Upazila Gesundheitszentren stattfindet. 47,9 Prozent der Patienten müssen dort Bestechungsgelder bezahlen.
24. Januar 2010 Laut einer Studie nutzen 12,6 Prozent aller Haushalte arsenkontaminiertes Wasser. Damit liegt Bangladesch noch hinter den Millenniumszielen zurück.
26. Januar 2010 Nach einer Untersuchung sind in Bangladesch 500 000 Kinder von Rachitis betroffen. Eine Krankheit, die Schmerzen, aber auch Deformierungen und Behinderungen verursacht. Das Vorkommen ist im Cox's Bazar Distrikt am höchsten. gefolgt von den städtischen Slums in Sylhet, Chittagong, Barisal. Ein Prozent der Kinder von ein bis fünfzehn Jahren zeigt ein sichtbares Hinken.
4. Februar 2010 Der Staatsminister für Gesundheit und Familienplanung, Mujibur Rahman Fakir, kündigt an, dass die Regierung ein separates Ministerium für Bevölkerungs- und Familienplanung einrichten möchte.
- In Bogra werden 750 Hühner gekeult, nachdem bei einem verendeten Huhn der Virus H5N1 nachgewiesen worden war.
5. Februar 2010 Nach Aussagen von Ärzten und Gesundheitsaktivisten wächst das Risiko, durch unsichere Bluttransfusionen oder unhygienische Zahnbehandlungen mit dem HI-Virus angesteckt zu werden. Neben den 116 Bluttransfusionszentren im ganzen Land, von denen 98 staatlich sind, sind hunderte neue Zentren entstanden, die nicht ausreichend überwacht werden und oft keine Lizenz haben. Die meisten Privatkliniken werden nicht vom Staat überwacht. Jährlich infizieren sich durch Transfusionen 100 000 Menschen mit der Syphilis oder der Hepatitis.
7. März 2010 Die Bewohner im Südwesten, die vom Zyklon Aila betroffen waren, leiden in der trockenen Periode besonders unter einem akuten Mangel an sauberem Trinkwasser und daher an vielen durch unsauberes Wasser verursachten Krankheiten. Durch den gesunkenen Grundwasserspiegel fördern Pumpen kein Wasser oder die Pumpen fördern zu salzhaltiges Wasser. Zudem gibt es einen Mangel an Medikamenten oder die meist armen Menschen können sich die Medikamente nicht leisten. Nach einem Bericht des Khulna Department of Public Health Engineering konnten u.a. 4000 Pumpen, 46 Regenwasserauffangbecken und 800 Teichsandfilter noch nicht wieder repariert werden. Täglich würden 4000 Liter sauberes Wasser an die betroffenen Menschen verteilt.

Unglücksfälle/Naturkatastrophen:

(siehe auch: Gesundheitsvorsorge)

26. Dezember 2010 Bei einer Gasexplosion in einer Schiffsabwrackwerft werden vier Arbeiter getötet; mindestens 30 werden verletzt. Vier Tage später kommt es in der Sitakunda Ship Yard zu einem weiteren Unfall, als sich eine Eisenplatte löst und zehn Arbeiter verletzt.
3. Januar 2010 Sieben Monate nach dem Wirbelsturm Aila leben drei Millionen Menschen in den Distrikten Khulna und Satkhira immer noch im Ausnahmezustand. Sogar die Trinkwasserversorgung ist noch nicht wieder hergestellt. Die Europäische Union erhöht ihre Hilfen für die Sturmpfopfer um fünf Millionen Euro.
4. Januar 2010 Eine Kältewelle fordert in Bangladesch mindestens zehn Todesopfer.
7. Januar 2010 Zwei Explosionen in dem Tengratila-Gasfeld bei Sylhet führen in fünf nahegelegenen Dörfern zu teilweise erheblichen Sachschäden. Das Gasfeld wird von der kanadischen Firma Niko betrieben.
30. Januar 2010 Neu austretendes Gas in Tengratila droht sich erneut selbst zu entzünden. Mehrere Dörfer werden evakuiert.
21. Februar 2010 Ein Brand in der Fabrik Garib & Garib in Gazipur, in dem Strickware für H & M produziert wird, fordert 21 Todesopfer. Mehr als 50 Personen werden verletzt. Ein elektrischer Kurzschluss im ersten Stock löste den Brand aus, der rasch auf alle sieben Stockwerke übergriff. Notausgänge waren verstellt, hochentzündliche Materialien falsch gelagert, Feuerlöscher kaputt. Die Kampagne für saubere Kleidung wirft H & M vor, Sicherheitsbestimmungen massiv verletzt zu haben. Sie fordert das Modeunternehmen auf, angemessene Entschädigungen an die Opfer und deren Familien zu bezahlen.

Umwelt/Natur/Klima:

4. Dezember 2009 In Dhaka fordern Demonstranten zehn Milliarden US-Dollar von den Industriestaaten für die Finanzierung von Maßnahmen, mit denen die Folgen der Klimakatastrophe verringert werden sollen.
18. Dezember 2009 Premierministerin Scheich Hasina trifft zur Teilnahme an der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen ein. Auch Mitglieder zahlreicher Nichtregierungsorganisationen, darunter Brot für die Welt und Netz, nutzen die Konferenz, um die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Folgen der Klimaerwärmung in Bangladesch aufmerksam zu lenken.
30. Dezember 2009 Die Regierung plant eine spezielle Zone für die Schiffabwrackindustrie. Eine Verordnung zum Schutz für Umwelt und Mensch soll erlassen werden.

2. Januar 2010 Mehr als 1300 Arbeiter sind in den vergangenen zwölf Jahren in der bangladeschischen Schiffsabwrackindustrie getötet, über 10 000 verletzt worden.
3. Januar 2010 Die BNP-Vorsitzende Khaleda Zia fordert Anstrengungen von Regierung und Opposition für eine gemeinsame Klimapolitik. Hart geht sie mit den indischen Staudämmen und Staudamm-Projekten in Farakka, Gajaldoba (Teesta), Brahmaputra und Tipaimukh im indischen Bundesstaat Manipur ins Gericht, durch die das Wasser in Bangladesch verknappt und den Menschen die Lebensgrundlage entzogen werde. Es bestehe die Gefahr, dass die Flüsse Surma und Kushiara, die beide in den Meghna münden, im Winterhalbjahr total austrocknen.
15. Januar 2010 Mehr als 10 000 Personen, zumeist Kinder, arbeiten in Batterie-Recycling-Werken in Chittagong und Umgebung. Nach einer Studie der Human Development Society sind die Arbeiter direkt der Säure und anderen Giften ausgesetzt. Auf diese Weise werde auch die Umwelt vergiftet. AKM Shajahan Kabir von der Chittagong-Universität fordert ein Gesetz, dass diese Art von Batterie-Recycling verbietet.
29. Januar 2010 13 Staaten, darunter Bangladesch, beschließen auf einer Tierschutzkonferenz in Thailand, dass die Zahl der Tiger weltweit bis 2022 von derzeit 3400 auf 5100 steigen soll.
22. Februar 2010 Tausende von Arbeitern auf Abwrackwerften protestieren in Chittagong. Ihre Arbeitgeber haben wegen einer neuen Umweltschutzverordnung die Arbeit unterbrochen. Die Arbeiter fordern von der Regierung, die Verordnung, die sicherstellen soll, dass nur Schiffe ohne schädliche Stoffe importiert werden können, zurückzunehmen.
23. Februar 2010 Im Jahr 2009 wurden mehr Schiffe in Bangladesch verschrottet als insgesamt in den 13 Jahren davor. Nach Angaben des Clarkson Research haben die Abwrackwerften weltweit 1014 Frachter mit einer Gesamttragfähigkeit von 31,5 Millionen Tonnen aufgekauft doppelt so viel wie im Jahr 2008. Gemessen an der Tragfähigkeit der abgewrackten Schiffe lägen die Abwrackwerften in Bangladesch an der Spitze: 10,3 Millionen Tonnen. Für 2010 erwartet Clarkson, dass die Verschrottung auf 53,3 Millionen Tonnen ansteigt.
4. März 2010 Nachdem die Abwrackwerften zehn Tage geschlossen waren, wollen die Eigentümer nun wieder arbeiten lassen. Sie bewerten die Gespräche mit der Regierung über die Umweltzertifikate als positiv. Sie drohen aber weiterhin, die Werften zu schließen, wenn die Regierung die neuen Vorschriften nicht zurückziehe.

Landwirtschaft/Nahrungsmittelversorgung:

(siehe auch: Armut)

14. Dezember 2009 Das Landwirtschaftsministerium startet ein großes Weizenanbauprogramm in zehn Distrikten der Khulna-Division.
31. Dezember 2009 Die Reisbauern in Bangladesch erwirtschafteten 2009 eine Rekord-ernte, die dreimal so groß ausfiel als im ersten Jahr nach der Unabhängigkeit 1972. Trotzdem sanken die Einkommen der meisten Landwirte aufgrund der niedrigen Erzeugerpreise. Auf der anderen Seite muss Bangladesch aus Versorgungsgründen keine Nahrungsmittel importieren. „Unsere eigene Produktion reicht aus“, stellt Atur Rahman von der Bangladesh Bank fest.
3. Januar 2010 Der Reis-Preis schwankt in Bangladesch sehr stark. Er liegt höher als im dürregeplagten Indien. Nahrungsmittelminister Abdur Razzaque beschuldigt die Händler, Lebensmittel zu horten und dadurch die Preise steigern zu können.
4. Januar 2010 Der Preis für ein Kilogramm Reis, ist von 25 Taka am 2. Januar 2009 auf 26 bis 28 Taka gestiegen. Bei besserer Qualität beträgt der Anstieg 42 auf 44 Taka.

Energie/Wasserversorgung/Verkehr:

(siehe auch: Demonstrationen, Katastrophen, Bangladesch und Indien)

- Dezember 2009 Die Hilfsorganisation Grameen Shakti hat schon mehr als 225 000 solare Heimversorgungen in Bangladesch installiert. Monatlich sollen 12 000 bis 15 000 hinzukommen. Das Programm wird von der Internationalen Arbeitsorganisation ILO unterstützt.
16. Dezember 2009 Die BNP kündigt ihren entschiedenen Widerstand gegen Pläne der Regierung an, den Namen des Zia International Airport zu ändern.
18. Dezember 2009 Nach Angaben der Regierung soll im Februar 2010 mit den Bauarbeiten für die Padma Multipurpose Bridge begonnen werden. Die Kosten werden auf 2,4 Milliarden Dollar geschätzt. Geldgeber sind unter anderem die Weltbank, die Asiatische Entwicklungsbank, die Islamic Development Bank, die japanische Regierung und die Abu Dhabi Development Group. 2013 soll der Bau abgeschlossen sein.
21. Dezember 2010 Ein neues Wasserkraftwerk an dem Fluss Surmi bei Sylhet und 14 zusätzliche Wasserpipelines sollen die Wasserkrise in der Stadt künftig mindern.
2. Januar 2010 Die Regierung stockt ihr Entschädigungsprogramm für Betroffene des Kohleabbaus in Barapukuria auf. Damit sollen unter anderem Neubauwohnungen in Dinajpur finanziert werden. Geplant ist ein weiteres 100-

Megawatt-Kraftwerk, für das zusätzliche Kohle im Tagebau gewonnen werden soll.

3. Januar 2010 In der gegenwärtigen Gaskrise erwägt Petrobangla, nach der schon erfolgten Kürzung der Lieferungen an die Industrie und an private Haushalte jetzt auch die Tankstationen für die CNG-Motorrikschas in der Hauptstadt an zwei Tagen zu schließen.
14. Januar 2010 Zwischen Bheramara in Bangladesch und Berhampore in Indien soll in den kommenden zwei Jahren eine neue 250 Megawatt-Stromleitung gebaut werden. Die Regierung sucht private Investoren für die Finanzierung.
- Das geplante neue Kraftwerk Meghnaghat soll 330 bis 450 Megawatt Strom erzeugen und sowohl mit Gas als auch mit Erdöl betrieben werden können.
20. Januar 2010 Die Gaskrise dauert an. Fabriken in Savar, Tongi, Mymensingh und andere erhalten zumeist an einem Tag der Woche kein Gas.
31. März 2010 Aus der Gas- ist eine allgemeine Energie- und auch Wasserkrise geworden. Politiker fordern die Regierung auf, ganz schnell zusätzliche Brunnen in der Hauptstadt zu bohren.

Wirtschaft:

(siehe auch: Kinder, Umwelt, Landwirtschaft)

24. Februar 2010 Industriearbeiter in Bangladesch leben weiterhin gefährlich. Nach Angaben der Bangladesh Occupational Safety, Health and Environment Foundation starben im Jahr 2008 insgesamt 793 Arbeiter bei der Arbeit. 2684 wurden verletzt.
25. Februar 2010 Die Einkommensunterschiede zwischen den Regionen werden größer, stellt das Bangladesh Institute of Development Studies fest. Es prognostiziert ein ökonomisches Wachstum von 5,8 Prozent für dieses Jahr und 600.000 zusätzliche Arbeitslose.

Textilindustrie:

(siehe auch: Unglücksfälle)

23. November 2009 Die ‚Asia Floor Wage‘ (AFW) startet eine Kampagne für einen ‚Existenzsichernden Lohn‘. Sie will die Handelshäuser und Marken, die in verschiedenen Ländern Asiens ihre Waren beschaffen, sowie die Politik sind aufgefordert, die Forderungen nach AFW umzusetzen und einen Lohn zu zahlen, der ausreicht die Familie zu ernähren und zu kleiden, Vorsorge für die Ausbildung der Kinder und die Gesundheit zu treffen sowie Miete für die einfache Unterkunft zu zahlen.

21. Dezember 2009 20 Textilarbeiterinnen werden bei einem Zusammenstoß mit der Polizei verletzt. Sie protestierten gegen die Misshandlungen von Arbeitern durch das Management und die plötzliche Schließung der Fabrik in Ashulia für drei Tage.
30. Dezember 2009 Bangladesch übertrifft jetzt Indien als Exportland von Textilien. 2009 stiegen die Exporte nach Angaben der Zeitung Business Standard von 2,27 auf 2,66 Milliarden US-Dollar.
11. Januar 2010 Mindestens 50 Personen wurden bei einem Zusammenstoß von Textilarbeitern und Polizei in Savar verletzt. Die Arbeiter protestierten gegen die Schließung ihrer Fabrik für einen Tag.
19. Januar 2010 Die Regierung fordert das Minimum Wage Board auf, die Mindestlöhne der Textilarbeiter anzupassen. Nazma Akter, Vertreterin der Textilarbeiter, sagte, dass die Mindestlöhne, die seit 2006 gelten, nicht länger das Notwendige abdecken. Die Betroffenen fordern 5000 Tk (jetzt 1662,50 Tk). Zum Vergleich: Raffineriearbeiter erhalten mindestens 7420 Tk, im pharmazeutischen Sektor 3.625 Tk, im Schiffsverschrottungssektor 4525 Tk. Die bangladeschischen Textilarbeiter erhalten die niedrigsten Löhne der Welt. Die Stundenlöhne betragen: Bangladesch 0,22 US-Dollar, in Kambodscha 0,33, in Pakistan 0,37, in Vietnam 0,38, in Sri Lanka 0,43 \$, in Indonesien 0,44, in Indien 0,51 \$, in China 0,86, in den Philippinen 1,07 und in Malaysia 1,18 US-Dollar.
8. März 2010 Zum Internationalen Frauentag macht die Kampagne für Saubere Kleidung (CCC) auf die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen in der asiatischen Bekleidungsindustrie aufmerksam. Gerade Frauen leiden schwer unter den in der Branche üblichen Hungerlöhnen. Sie können ihre Familien trotz harter Arbeit nicht ausreichend versorgen.

Außenpolitik:

(siehe auch: Deutsch-Bangladeschische Beziehungen)

25. Dezember 2009 James Moriarty, US-Botschafter in Dhaka, lobt Bangladesch als "sehr lebhaft Demokratie". Allerdings müssten die Verantwortlichen darauf achten, dass der Dialog unter den Parteien besser funktioniere.
8. Februar 2010 Beim Staatsbesuch in Kuwait fordert Scheikh Hasina den kuwaitischen Premierminister auf, die seit 2006 bestehenden Restriktionen gegen bangladeschische Arbeitsmigranten aufzuheben. Sie wirbt auch um Unterstützung für Infrastruktur und wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Bangladesch und Indien:

5. Dezember 2009 Arabinda Rajkhowa, Chef der United Liberation Front of Assam (ULFA), wird, kurz nachdem er von Bangladesch kommend die Grenze zu Indien überschritten hat, verhaftet.

14. Dezember 2009 An der Grenze von Hapania töten indische Grenzposten einen bangladeschischen Viehhändler. Innerhalb von drei Tagen sind sechs Bangladeschis von der Indian Border Security Force (BSF) erschossen worden. Seit Januar 2009 sind es 84. Nach Aussage der Menschenrechtsorganisation Odhikar wurden vom 1.1.2000 bis zum 11.11.2009 insgesamt 809 Bangladeschis an der Grenze getötet, 846 verletzt und 895 von Grenzposten verschleppt.
16. Dezember 2009 An der Grenze von Thakurgaon werden drei bangladeschische Viehhändler aus Deurjhari im Sadar Upazila von indischen Grenzsoldaten durch Schüsse verletzt.
20. Dezember 2010 An der Grenze von Daikhoura in Hatibandha wird ein Fischer aus Khamar Vati von indischen Grenzsoldaten durch verletzt.
24. Dezember 2009 Demonstranten in Dhaka protestieren in Muktangon in Dhaka gegen das in Indien geplante Staudammprojekt Tipaimukh. Unter den ökologischen Folgen würden vor allem die Bewohner des Nachbarlandes Bangladesch leiden.
26. Dezember 2009 Islamische Parteien kündigen heftige Proteste gegen den geplanten Tipaimukh-Staudamm am Fluss Barak in Indien an.
2. Januar 2010 An der Grenze von Burimari im Patgram Upazila wird ein bangladeschischer Viehhändler aus Kashidanga von indischen Grenzsoldaten erschossen.
11. Januar 2010 Syed Ashraful Islam, Generalsekretär der Awami League in Bangladesch, erklärt, es gebe Beweise, dass die von BNP geführte Vorgängerregierung ein Treffen zwischen dem früheren pakistanischen Präsidenten Parvez Musharraf und ULFA-Führer Anup Chetia in Dhaka ermöglicht habe. Die ULFA kämpft gegen die indische Zentralregierung für die Abspaltung des Nordostens.
12. Januar 2010 An der Grenze von Daulatpur in Benapole wird ein bangladeschischer Viehhändler von indischen Grenzposten erschossen.
14. Januar 2010 Indien, Nepal und Bhutan können künftig die Häfen Chittagong und Mongla mehr für In- und Expote nutzen. Dies ist eines der Ergebnisse des Staatsbesuchs von Premierministerin Scheich Hasina in Indien.
22. Januar 2010 An der Khalpara Grenze im Meherpur Sadar Upazila wird ein Bangladeschi aus Baribaka von indischen Grenzposten erschossen, als er auf seinem Feld arbeitet.
- An der Grenze von Hudapara bei Damurhuda in Chuadanga wird ein bangladeschischer Jugendlicher von indischen Grenzsoldaten misshandelt und lebensgefährlich verletzt. Er hatte auf einem Feld gearbeitet, als die Soldaten kamen und ihn heftig schlugen. Andere Dorfbewohner konnten ihn schließlich befreien.

6. Februar 2010 An der Grenze von Tentulia in Panchagarh wird ein Bangladeschi aus Sharialjat von indischen Grenzsoldaten erschossen, als er mit anderen Männern auf einem Feld arbeitete. Andere Männer werden verletzt.
14. Februar 2010 In Shreepur Stone Quarry an der Grenze von Jaitapur verletzen indische Grenzsoldaten drei Bangladeschis durch Schüsse, darunter eine Frau, als sie Schüsse auf bangladeschisches Gebiet abgeben. Die Frau und einer der Männer werden lebensgefährlich verletzt. Der Vorfall ereignet sich, nachdem Angehörige der BDR indische Grenzsoldaten aufgefordert hatten, 30 bis 40 indische Staatsbürger, die auf bangladeschischem Gebiet am Fischen waren, zurückzurufen. Bei dem folgendem Schusswechsel geben beide Seiten über einen Zeitraum von zwei Stunden mehrere Hundert Schüsse ab.
25. Februar 2010 In Raghunathpur wird ein bangladeschischer Viehhändler aus Khasia-para Raghanatpur von indischen Grenzsoldaten getötet.
14. März 2010 An der Grenze von Jaintapur in Syshet werden 19 Bangladeschis durch Schüsse indischer Grenzsoldaten verletzt. Die Dorfbewohner, die an der Grenze leben, fliehen aus ihren Häusern. Auslöser war das Fischen von indischen Staatsbürgern, darunter Angehörigen der Khasia, in Kendri Bil auf bangladeschischer Seite. Als Dorfbewohner sie vertreiben wollen, wehren sie sich und die Khasia schießen mit Pfeilen. Dabei werden fünf Dorfbewohner verletzt. Zwei Tage zuvor waren indische Grenzsoldaten in der Nacht an der Grenze von Pratappur in Gowainghat auf bangladeschisches Gebiet eingedrungen und hatten Position in Bunkern bezogen. Dies passiert, nachdem am 11. März Gespräche zwischen den Chefs der Grenztruppen beider Länder in Neu Delhi beendet wurden, in denen sie eine größere Kooperation vereinbart hatten. Die Inder hätten zugestimmt, das Eindringen auf bangladeschisches Gebiet zu beenden und Tötungen an der Grenze einzuschränken.
15. März 2010 Nach Aussage des Innenministeriums wurden seit Jahresbeginn 14 Bangladeschis an der Grenze von indischen Grenzsoldaten getötet. Von den 68 wurden zwei auf bangladeschischen Territorium getötet. Von den 68 wurden zehn Menschen zwischen der 0-Linie und indischem Stacheldraht, 38 außerhalb des Stacheldrahts, 17 an der grünen Grenze und ein Mensch im Marschland getötet.
23. März 2010 Der bangladeschische Staatsbürger Manoranjan Mandol wird von indischen Grenzsoldaten an der Grenze von Jawrani in der Upazila Hatibandha in Lalmonirhat erschossen. Nach Angaben von Ain o Salish Kendra (ASK) sind seit Jahresbeginn bereits mindestens 21 Bangladeschis an der Grenze umgekommen.

Flüchtlinge im Land: Rohingyas:

18. Februar 2010 Die Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ fordert ein Ende der Gewalt gegen Rohingyas. Allein im Januar erreichten 2000 zusätzliche Flüchtlinge aus Myanmar das Lager Kutupalong. In der Nähe des

Lagers werden Flüchtlinge von der einheimischen Bevölkerung aus ihren Häusern vertrieben.

Flüchtlinge im Land: Biharis

3. März 2010 In Mohammadpur, Stadtteil von Dhaka mit dem größten Bihari-Flüchtlingslager in Bangladesch, beginnen die Behörden mit dem Bau von 45 Hochhäusern. In ihnen sollen die Lagerbewohner, die ihre Forderung nach Auswanderung nach Pakistan immer weiter aufgeben, ein neues Zuhause finden. Die Biharis, aus Indien eingewanderte Muslime, standen 1971 im Befreiungskrieg auf Seiten der pakistanischen Armee.

Bangladeschis im weiteren Ausland:

(siehe auch: Menschenrechte)

24. März 2010 Die Polizei nimmt in Saudi Arabien 113 mutmaßliche Al-Kaida-Terroristen fest. Unter ihnen ist auch ein Bangladeschi. Die meisten sind Jemeniten oder Saudis. Angeblich sollen sie Anschläge auf die Ölindustrie geplant haben.

Entwicklungszusammenarbeit/Weltbank:

21. Dezember 2009 Die Bangladesh Bank ruft die Mikrokreditinstitutionen auf, für mehr Transparenz und einen fairen Zinssatz zu sorgen. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass Mikrokredite trotz aller Kritik eine große Hilfe für die Armen seien.

15. Februar 2010 Bei einem zweitägigen Treffen des Bangladesh Development Forum in Dhaka kritisieren Vertreter der internationalen Gemeinschaft wie Weltbank und UN die Verlangsamung der Anti-Korruptions-Maßnahmen und die ungenügende Durchführung von Entwicklungsprojekten durch die Regierung.

16. Februar 2010 Die Regierung Bangladeschs weigert sich, 60 Millionen Pfund von der britischen Entwicklungsagentur DfID anzunehmen. Mit dem Geld sollten Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel durchgeführt werden. Der Grund für die Weigerung: Das Geld soll über die Weltbank nach Bangladesch fließen. Die Regierung Bangladeschs lehnt dies ab, da die Weltbank zu viele und inakzeptable Konditionen an den Geldfluss knüpfe.

23. Februar 2010 Das NGO Affairs Bureau (NGOAB) fordert alle Nichtregierungsorganisationen, die vom Ausland unterstützt werden, auf eine Abteilung zur Information der Öffentlichkeit einzurichten. Grundlage dieser Anweisung sei der Right to Information Act von 2009. Muhammad Ibrahim, stellvertretender Direktor des NGOAB, sagt dem „Daily Star“, es gebe ernsthafte Beschuldigungen gegen NGOs. Die Anweisung der

Regierung werde zu mehr Transparenz führen und Korruption verhindern. Die NGOs wurden zuvor bereits aufgefordert, Namen, Stellung, Telefonnummern, Email- und Webside-Adressen ihrer Mitarbeiter dem NGO Affairs Bureau mitzuteilen. In den vergangenen zwei Monaten habe das NGOAB die Aktivitäten von mindestens acht NGOs untersucht, die anti-staatlicher Aktivitäten und des Missbrauchs ausländischer Gelder beschuldigt würden.

3. März 2010 Die Polizei übernimmt wieder die Kontrolle über die Zentrale der NGO Proshika und verschließt den Haupteingang. Angestellte der NGO demonstrieren für eine Öffnung des Gebäudes. In der Vergangenheit hatte es Zusammenstöße zwischen dem ehemaligen Leiter Kazi Faruk Ahmed und der neuen Leitung gegeben. Die Polizei übernahm daraufhin im Januar die Kontrolle des Gebäudes und folgte damit einer Entscheidung des High Courts und des Supreme Courts;
18. März 2010 Die Regierung hat fast 95 Prozent der NGOs, die Geld zur Finanzierung von Projekten aus dem Klimawandelfonds beantragt hatten, keine Mittel bewilligt. Nur 200 Organisationen bekamen einen positiven Bescheid. Die anderen Projekte entsprachen nicht den Prioritäten der Regierung. So waren sie z. B. ausschließlich Bewusstsein bildend oder nicht rentabel.

Deutsch-Bangladeschische Beziehungen:

- (siehe auch: Natur/Umwelt/Klima)
- Januar 2010 Nach einer Unterbrechung von zwei Jahren wird mit Mosud Mannan ein neuer bangladeschischer Botschafter für Deutschland benannt. Zuvor war er in Marokko tätig gewesen.
22. März 2010 Eine Schule im baden-württembergischen Wolfegg beschäftigt sich im Rahmen des Projekts „Weltklasse“ ein Tag lang mit Leben und Problemen von Bangladesch. Das Projekt wurde 2008 von der Partnerschaftsorganisation „Netz“ gestartet.
26. März 2010 In Marl erhält die Dokumentation „Eisenfresser“ den begehrten Adolf-Grimme-Fernsehpreis in der Kategorie „Information und Kultur“. Regisseur Shaheen Dill-Riaz schildert darin das Schicksal der Saisonarbeiter, die in Bangladesch ausgemusterte Schiffe der Industrieländer abwracken.

Anmerkung: Die Chronik erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Meldungen sind vor allem bangladeschischen und internationalen Zeitungen sowie Berichten verschiedener Organisationen entnommen.